

Die israelische Rechte lässt einen zionistischen Klassiker wieder aufleben: die Judaisierung von Galiläa

Minister, Nichtregierungsorganisationen und Nachrichtenportale bündeln ihre Kräfte, um das Wachstum palästinensischer Städte im Norden Israels als „Invasion“ darzustellen und die jüdische Besiedlung voranzutreiben.

Baker Zoubi, 972.mag, 07.09.26

Die israelische Rechte hat im Vorfeld der Wahlen im nächsten Monat ein alt-neues Ziel im Visier: Nach dem Gazastreifen, dem Westjordanland, Jerusalem und dem Naqab (Negev) schwören rechtsgerichtete Politiker nun zunehmend darauf, gegen die palästinensische Präsenz in Galiläa im Norden Israels vorzugehen.

Palästinensische Bürger:innen werden als Bedrohung dargestellt, ein ziviler Planungsprozess wird zu einer „Sicherheitsfrage“ umgedeutet, und die vorgeschlagene Lösung besteht darin, die Entwicklung arabischer Gemeinden einzufrieren und gleichzeitig den Ausbau jüdischer Siedlungen voranzutreiben.

Die als „Judaisierung Galiläas“ bekannte Politik reicht bis in die ersten Jahrzehnte des Staates Israel zurück, in jene Zeit, die durch groß angelegte Landenteignungen, Einschränkungen beim Ausbau arabischer Städte und die Gründung neuer jüdischer Gemeinden gekennzeichnet war – allesamt Maßnahmen, die darauf abzielten, das demografische und räumliche Gleichgewicht der Region neu zu gestalten.

Der Geist dieser Politik ist nie verschwunden; die arabische Stadtplanung in der Region unterliegt nach wie vor starken Einschränkungen zugunsten jüdischer Besiedlung. In den letzten Wochen hat jedoch die israelische Rechte diese Kampagne mit voller Kraft wieder aufgenommen. Schon allein die Möglichkeit, dass sich eine arabische Gemeinde ausdehnen, ein neues Viertel errichten oder näher an eine benachbarte arabische Gemeinde heranrücken könnte, wird als Verlust der israelischen Souveränität, als Sicherheitsbedrohung und als entscheidender demographischer Wandel dargestellt.

Mitte August veröffentlichte die rechtsgerichtete Nachrichtenseite *HaKol HaYehudi* einen investigativen Bericht unter der Überschrift „Der Khamaisi-Plan“. Die Recherche stellt die Arbeit von Professor Rassem Khamaisi, einem Stadtplaner und Dozenten aus dem Dorf Kafr Kanna, als Plan für eine arabische Übernahme Galiläas „von innen heraus“ dar.

Der angebliche Plan, das sei gleich zu Beginn gesagt, ist eine Erfindung. Die „Enthüllung“ brachte keine geheimen Dokumente ans Licht, sondern fügte lediglich Khamaisis öffentliche Artikel, Vorträge und verschiedene Projekte, an denen er seit Jahrzehnten beteiligt ist, zu einem Ganzen zusammen und stellte sie als böswillige nationalistische Verschwörung dar.

Von seinen Bemühungen, Bebauungspläne voranzutreiben und Verwaltungsgrenzen zu erweitern bis hin zur Regulierung des Bauwesens und der Einbindung arabischer Bürger in Planungsgremien – all dies wurde auf einer einzigen Karte in einheitliche arabische Blöcke umgewandelt, die angeblich auf Hauptverkehrsstraßen zusteuerten und jüdische Gemeinden umzingelten.

Die „Investigation“ stellte die Entwicklung dieser Gemeinden als strategische und sogar existenzielle Bedrohung dar und behauptete, dass arabische Bürger im Falle eines Konflikts in der Lage wären, wichtige Verkehrsadern zu blockieren und den Norden vom Zentrum des Landes abzuschneiden, Selbstverständlich wurde keine unabhängige Sicherheitsbewertung vorgelegt, die die Entwicklungspläne mit diesem Szenario in Verbindung brachte. Die Karte selbst diente als Beweis: Sobald die verschiedenen Gemeinden in derselben Farbe dargestellt waren, wurde ihre räumliche Nähe als gemeinsames nationalistische Bestreben dargestellt.

Genau das macht den Angriff auf Khamaisi auch so gefährlich. Er wird als jemand dargestellt, der die Regeln des Systems beherrscht, dessen Institutionen unterwandert hat und diese nun gegen den Staat einsetzt. Somit steht nicht nur Khamaisi unter Verdacht, sondern jeder arabische Dorfvorsteher, der versucht, dessen Zuständigkeitsbereich auszuweiten, jeder arabische Stadtplaner, der einen Bebauungsplan entwirft, und jeder arabische Einwohner, der eine Baugenehmigung beantragt.

„Ein zionistisches und nationales Ziel“

Das „Exposé“ erfüllte seinen Zweck und gab den Anstoß zu einer breit angelegten Kampagne, die darauf abzielt, den Wohnungs- und Infrastrukturbedarf palästinensischer Bürger als Bedrohung darzustellen und Forderungen zu legitimieren, die im rechten Diskurs bereits weit verbreitet sind: das Einfrieren arabischer Bauvorhaben, die Verschärfung von Durchsetzungsmaßnahmen und Abrissaktionen sowie den Ausbau jüdischer Siedlungen.

In einem Folgeartikel in *HaKol HaYehudi* wurden rechtsgerichtete Persönlichkeiten gefragt, wie man „Galiläa wieder in jüdische Hände bringen“ könne. Ohad Tal, ein Knesset-Abgeordneter der Religiös-Zionistischen Partei von Bezael Smotrich, erklärte, dass „die Judaisierung Galiläas ein zionistisches und nationales Ziel“ sei, und forderte, landwirtschaftliche Betriebe zu stärken und planerische Hindernisse für die jüdische Besiedlung zu beseitigen.

Tzvika Mor, ein Kandidat auf der Liste ebendieser Partei für die bevorstehenden Wahlen, forderte die Öffentlichkeit auf, sich an den Gedanken zu gewöhnen, dass es in Israel eine „raffinierte und

listige fünfte Kolonne“ gebe. Er forderte eine genaue Überwachung der Aktivitäten, die von der arabischen Gemeinschaft ausgehen, sowie einen sofortigen Stopp aller genehmigten Pläne zur Erweiterung arabischer Städte und Dörfer in Galiläa. Mor schlug außerdem vor, eine Kette neuer jüdischer Siedlungen zu errichten und dort Soldaten zu stationieren.

Omer Rahamim, Geschäftsführer des Yesha-Rates (der Dachorganisation der Siedlungen im Westjordanland), der auch auf der Liste der Religiös-Zionistischen Partei kandidiert, forderte, im Negev und in Galiläa das im Westjordanland entwickelte Modell zu übernehmen: Zunächst solle Land durch die Gründung von Farmen und die Weidehaltung von Schafen und Rindern in Besitz genommen werden, anschließend sollten Siedlungspläne vorangetrieben und Anreize für potenzielle Käufer geboten werden, um das demografische Gleichgewicht zu verschieben.

Smotrich selbst veröffentlichte daraufhin ein KI-generiertes Wahlkampfvideo, in dem ein Palästinenser im Westjordanland verzweifelt mit einem Verwandten in Sakhnin, einer arabischen Stadt in Galiläa, spricht und ihn warnt, dass „die Juden kommen“. Der Bewohner des Westjordanlands fährt fort: „Smotrich kommt, um euch das anzutun, was er uns angetan hat. Sie wollen Galiläa und den Negev judaisieren.“ Das Video wechselt dann zu einer Stimme aus dem Off und einem Text, die bestätigen: „Ja, wir judaisieren.“

So wird aus einer Medienkampagne ein Aktionsplan: Palästinensische Bürger:innen werden als Bedrohung dargestellt, ein ziviler Planungsprozess wird zu einer „Sicherheitsfrage“ umgedeutet, und die vorgeschlagene Lösung besteht darin, die Entwicklung arabischer Gemeinden einzufrieren und gleichzeitig den Ausbau jüdischer Siedlungen voranzutreiben.

Im Vorfeld der Wahl ermöglicht dieser Diskurs der Rechten, zwei Botschaften miteinander zu verknüpfen, die ihre Wirksamkeit bereits unter Beweis gestellt haben: die Angst vor dem „inneren Feind“ und das Versprechen, die „Regierungsführung“ wiederherzustellen. Und in Form von Karten, Zahlen und Namen von Gemeinden liefert die Stadtplanung unbegrenzten rhetorischen Brennstoff.

An dieser Kampagne sind nicht nur Knesset-Abgeordnete beteiligt; auch *Regavim*, eine von Smotrich gegründete rechtsextreme Organisation, die sich für den Zerstörung sogenannter „illegaler“ Bauten in arabischen Gemeinden beiderseits der Grünen Linie einsetzt, hat sich angeschlossen.

In einem Beitrag mit dem Titel „Der Kampf um die Route 77“ bezeichnete *Regavim* nicht genehmigte arabische Bauvorhaben auf landwirtschaftlichen Flächen nördlich dieser Verkehrsader als die Schaffung eines „neuen Siedlungskorridors im Herzen Galiläas“ und stufte Kafr Kanna als „feindliches Dorf“ ein. Mit der Ankündigung der „Rückkehr von *Regavim* in den Norden“ teilte die Organisation mit, sie habe einen „dringenden Brief“ an die Behörden geschrieben, in dem sie ein Ende der „Invasion“ durch arabische Gemeinden fordere.

Regavim ist vorgeblich eine Nichtregierungsorganisation, doch in den letzten Jahren ist die Grenze zwischen ihr und staatlichen Institutionen zunehmend verschwommen. Nicht nur wurde sie von Smotrich gegründet, der derzeit Israels Finanzminister und ein Minister im Verteidigungsministerium ist, auch ihr ehemaliger Geschäftsführer Yehuda Eliyahu wurde in diesem Jahr zum Direktor der Israel Land Authority ernannt – der staatlichen Behörde, die für die Verwaltung und Zuteilung eines Großteils der öffentlichen Grundstücke in Israel zuständig ist.

Eine Organisation, die den Diskurs um die „Übernahme“ von außen prägt, steht somit nun auch in Verbindung mit den für die Boden- und Planungspolitik zuständigen Machtzentren.

Demographobie

Khamaisi weist die Behauptung, er stünde hinter einem geheimen Plan zur Aushöhlung der jüdisch-israelischen Souveränität in Galiläa, entschieden zurück. Gegenüber dem *+972 Magazine* erklärte er, er strebe lediglich eine gerechtere Verteilung von Ressourcen und öffentlichen Räumen an, und dass alles, was in der Untersuchung von *HaKol HaYehudi* veröffentlicht wurde, öffentliche Informationen seien, die über offizielle Kanäle bereitgestellt worden seien. „Es gibt kein geheimes Projekt“, bekräftigte er. „Niemand sitzt da und denkt über diese Dinge nach, so wie [die Untersuchung] sie darstellt.“

Khamaisi wies darauf hin, dass weder er noch die arabischen Behörden in der Lage sind, Bebauungspläne eigenständig zu genehmigen – diese werden in lokalen, Bezirks- und nationalen Ausschüssen erörtert und durchlaufen Prüfungsverfahren sowie Verfahren, die Einsprüche zulassen, wobei dieser Prozess mitunter Jahre dauern kann. Eine geografische Verbindung zwischen den Gemeinden, fügte er hinzu, ist kein Plan zur Übernahme, sondern eine natürliche Folge des Wachstums und der Integration von Dienstleistungen, Verkehr und Infrastruktur. „Hier geht es darum, die Rechte der Einwohner zu verwirklichen, die Wohnraumlösungen benötigen“, betonte er.

Seit dem 7. Oktober, so Khamaisi, hat sich das, was er als „Demographobie“ bezeichnet, verschärft: „Das Ziel ist nicht nur, mich ins Visier zu nehmen“, sagte er. „Das Ziel ist es, die Ausbreitung arabischer Gemeinschaften einzuschränken und zu verhindern. Sie nutzen Raumplanung und Geografie, um Juden Angst vor einem inneren Feind einzujagen, um sich damit politische Vorteile zu verschaffen.“

Er warnte davor, dass sich die Folgen dieser Hetze schnell in Planungsgremien bemerkbar machen könnten, da Beamte und Ausschussmitglieder Angst bekämen, Erweiterungsvorhaben zu genehmigen. „Sie versuchen, uns von der Staatsbürgerschaft zu fernzuhalten, vielleicht sogar, sie uns zu entziehen, und uns daran zu hindern, an der Planung und Entwicklung unserer eigenen Gemeinden mitzuwirken.“

Khamaisi befürchtet, dass es – selbst ohne einen Regierungsbeschluss, in dem der Begriff „Khamaisi-Plan“ ausdrücklich übernommen wird – ausreicht, wenn Planer und Beamte die Vorstellung verinnerlichen, dass die Genehmigung jeglicher Erweiterung arabischer Gemeinden sie zur Zielscheibe öffentlicher Angriffe machen könnte. Dennoch hat er nicht vor, seine Arbeit einzustellen. „Sollen wir unsere Gemeinden denn nicht weiterentwickeln und unseren Bedürfnissen gerecht werden?“

Mansour Alsana, Architekt und Stadtplaner, weist auf den himmelschreienden Widerspruch hin, der dieser neuen Kampagne der Rechten innewohnt: Wenn eine jüdische Gemeinde wächst, „dehnt sie sich aus“ und „lässt sich nieder“, während eine arabische Gemeinde „eindringt“ und „die Kontrolle übernimmt“.

„Ein Bebauungsplan ist keine Souveränitätserklärung“, erklärte Alsana gegenüber +972. „Er verschiebt keine Grenzen und entzieht kein Gebiet der staatlichen Kontrolle. Er versucht, Probleme in den Bereichen Wohnen, Schulen, Infrastruktur, Beschäftigung und Freiflächen anzugehen.“ „Wenn eine arabische Familie in Galiläa ein Haus baut, erlangt sie dadurch keine Souveränität, und wenn zwei Gemeinden einander näherrücken, entsteht zwischen ihnen keine politische Entität.“

Nach Ansicht von Alsana stellt sich, sobald die Vorstellung von Bürgern als Akteure in einem demographischen Kampf um Territorium zur Normalität geworden ist, nicht länger die Frage, wie Raum geplant wird, sondern für wen: Wer gilt als Bürger mit Planungsrechten und wer wird als feindliche Kraft wahrgenommen, die sich ihr Land aneignet?

Unbeabsichtigte Folgen

Die israelische Rechte mag zwar behaupten, das Planungssystem sei von Arabern übernommen worden, doch die Wahrheit sieht genau umgekehrt aus. Seit dem Amtsantritt der aktuellen Regierung ist ein deutlicher Trend zu beobachten, die Bebauungsflächen in arabischen Ortschaften zu verringern, umfassende Bebauungspläne auf Eis zu legen und Pläne zu verschieben, in die bereits jahrelange Arbeit und öffentliche Mittel investiert wurden.

Und das, obwohl die Verwaltungsgebiete der arabischen Gemeinden nur etwa 3,4 Prozent des israelischen Staatsgebiets innerhalb der Grünen Linie ausmachen. Zudem dauert das Verfahren zur Erteilung einer Baugenehmigung in diesen Gemeinden etwa acht Jahre – mehr als dreimal so lange wie in jüdischen Gemeinden.

Dieser Kontext wird ausgeblendet, wenn Bauvorhaben für die palästinensische Bevölkerung in Israel als „Invasion“ dargestellt werden. Im Negev, wo der Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben Gvir, kürzlich damit prahlte, im Jahr 2025 5.700 Abrissmaßnahmen durchgeführt zu haben, ist bereits klar, in welche Richtung dieser Prozess geht.

Die Gefahr beschränkt sich nicht nur auf Bulldozer. Ein Einfrieren der Bebauungspläne bedeutet weniger Wohnviertel, weniger öffentliche Einrichtungen, weniger Gewerbegebiete und weniger Entwicklungsmöglichkeiten. Es schwächt die lokalen Behörden, schränkt die formelle Wirtschaft ein und verschärft genau jene Notlagen, die zur Ausbreitung von Gewalt und Kriminalität führen – all dies wird wiederum als Beweis für das Versagen der arabischen Gesellschaft in Israel angeführt.

Diese Politik hat zudem eine unbeabsichtigte Folge. Ein Bericht des *Van Leer Jerusalem Institute* fand heraus, dass die Zahl der in jüdischen Gemeinden lebenden Araber (ohne diejenigen, die als „gemischte Städte“ definiert sind) von rund 16.000 im Jahr 2003 auf etwa 62.000 im Jahr 2023 gestiegen ist. Die Wohnungskrise, der Mangel an Bauland, diskriminierende Raumplanung und steigende Kriminalität treiben relativ wohlhabende palästinensische Familien in Gemeinden, in denen Wohnungen und Versorgungsangebote leichter verfügbar sind.

Gemeinden, die gegründet wurden, um die jüdische Vorherrschaft zu stärken, werden somit selbst praktisch zu „gemischten Städten“. In Carmiel, das lange Zeit als ausschließlich jüdische Stadt galt, ist der Anteil arabischer Einwohner auf 5,1 Prozent gestiegen. In Nof HaGalil (ursprünglich bekannt als Nazareth Illit) hat dieser Anteil 38,1 Prozent erreicht.

Die Kampagne gegen Khamaisi, die erneuten Forderungen nach einer „Judaisierung“ Galiläas und *Regavims* „Rückkehr in den Norden“ zielen darauf ab, die arabische Stadtplanung weiter einzuschränken und einzufrieren und dieser Politik eine sicherheitspolitische Rechtfertigung zu verleihen. Ihr Erfolg wird die Wohnungskrise nur noch verschärfen, den Bau ohne Baugenehmigungen beschleunigen und mehr Familien dazu zwingen, Lösungen außerhalb ihrer Gemeinden zu suchen – manchmal gerade in den Städten, die gegründet wurden, um genau die Realität zu verhindern, vor der die Rechte warnt.

Eine Version dieses Artikels wurde erstmals auf Hebräisch bei Local Call veröffentlicht. Dort können Sie ihn lesen.

Baker Zoubi ist Journalist und palästinensischer Staatsbürger Israels. Er lebt im Dorf Kufr Maser im Unteren Galiläa. Er begann seine Karriere 2010 als Reporter für lokale arabische Medien, bevor er zum leitenden Redakteur bei der in Nazareth ansässigen Nachrichtenplattform Bokra aufstieg. Seit 2021 ist er als Autor für Local Call und das +972 Magazine tätig, während er weiterhin als Teilzeit-Nachrichtenredakteur bei Bokra arbeitet und Kommentare zu politischen und sozialen Themen in der palästinensischen Gesellschaft veröffentlicht.

Quelle: <https://www.972mag.com/israeli-right-judaizing-galilee/>

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de